



KONTAKTPOLIZISTEN SOLLEN IM INNENDIENST AKTEN BEARBEITEN

## Erfolgsmodell bürgernaher Polizeiarbeit auf Bremens Straßen vor dem Aus

Laut neuem Koalitionsvertrag soll es wieder 110
Kontaktpolizist:innen in Bremens Stadtteilen geben.
Aber aktuell sind noch nicht einmal 90 Stellen
besetzt, jetzt sollen die wenigen auch noch im
Innendienst Akten bearbeiten. Die schleppende
Besetzung der Stellen sowie die Arbeitsverlagerung
weg von der Straße sieht der GdP-Landesvorsitzende
Nils Winter kritisch: "Bürgernahe Polizeiarbeit ist
unabdingbar für unsere Polizeiarbeit im Land. Die
motivierten und akzeptierten Kolleg:innen in die
Büros zurückzuziehen, sabotiert das Ziel des einstigen
Erfolgsmodells."

#### **Nils Winter**

Jeder Revierbereich muss ausreichend Kontaktpolizist:innen haben, um unter anderem Verkehrserziehung an Schulen zu unterrichten, das Gewaltpräventionskonzept "Nicht mit mir" in Schulklassen zu vermitteln und vor allem, um Opfernachsorge nach Straftaten durchzuführen. "Unsere Kontaktpolizisten sind Polizisten zum Anfassen und Reden. Sie gehören auf die Straße und nicht an den Schreibtisch."

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hält eine massive Verstärkung im Bereich der Kriminalpolizei für notwendig. Das Vermischen von Aufgaben sei eine Fehlentscheidung aufgrund der aktuellen Personalnot. "Der Personalkörper bei der Polizei Bremen ist zu klein, als dass dieses Verschieben von Personal noch tragbar ist", so Nils Winter. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen fordert vom Innensenator Ulrich Mäurer sowie den Regierungsfraktionen unverzüglich Verbesserungen für die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei – Bremen – können dies neben der schnellen Einstellung von Expert:innen mit speziellen Fähigkeiten im Bereich der Analyse und der Wissenschaft, der Verbesserung von Analysesoftware und Auswertesoftware auch der direkte Einstieg in die Kriminalpolizei nach erfolgreichem Abschluss der Polizeiausbildung sein.

Aktuell finden Auswahlen im Bereich Nichtvollzug statt, die zukünftig in der Haldensachbearbeitung eingesetzt werden sollen. Wann die Auswahlen beendet sind und



Kollegin bei der Fahrradregistrierung

die personellen Einsteuerungen umgesetzt werden können, ist noch nicht bekannt.

Nach den Presseartikeln in der 31. Kalenderwoche sollte es zu Gesprächen des Personalrates mit der Behördenleitung und den betroffenen Kolleg:innen aus dem KOP-Bereich kommen. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen lagen zum Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe noch nicht vor. Bei den Gesprächen soll unter anderem über die sogenannte "Warenkorb/Aufgabenkritik" gesprochen werden. Den Kolleg:innen aus dem KOP-Bereich geht es darum, dass ihnen bei





der aktuellen Aufgabenmehrarbeit von der Führung mitgeteilt wird, was zu priorisieren ist. Die KOPs erkennen sehr wohl die Haldenproblematik, sehen aber zugleich, dass sie durch die Unterstützung bei der Haldenabarbeitung eine eigene Halde ihrer originären Aufgaben aufbauen werden.

Die personelle Situation belastet alle Bereiche der Polizeien in Bremen und Bremerhaven. Es müssen schnellstens einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Unter anderem den Polizeivollzugsdienst konsequent von Aufgaben entlasten. die nicht zu ihrem originären Aufgabenbereich gehören, wie zum Beispiel Zwangsentstempelungen und Fahrerermittlungen. Ebenso muss die Digitalisierungsoffensive für die Polizeien in Bremen und Bremerhaven jetzt starten.

Euer geschäftsführender Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bremen –

## **Ausblick:**

- · 28. August 2023 besucht die CDU-Fraktion den geschäftsführenden Landesvorstand
- · 30. August 2023 hat die neue Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, Frau Ünsal, den Landesvorsitzenden zu einem ersten Kennenlerngespräch eingeladen
- 7. September 2023 Jubilarehrung GdP-Mitglieder
- 8. September 2023 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den geschäftsführenden Landesvorstand zu einem Gespräch eingeladen
- 13. und 14. September 2023 Bundesvorstandssitzung der Gewerkschaft der Polizei
- · 22. September 2023 Bürger- und Polizeifest der GdP-Kreisgruppe Bremerhaven
- 26. September 2023 Jubilarehrung der GdP-Senior:innen
- 29. September 2023 Landesbeiratssitzung der GdP Bremen
- · 4. Oktober 2023 besucht die SPD-Fraktion den geschäftsführenden Landesvorstand
- 26. Oktober 2023 findet erste Verhandlungsrunde TV-L statt

## Geisterflur

Neulich war ich zu einer Besprechung in meinem "alten" Kommissariat. Der Weg führte mich in die Nähe des Sedanplatzes, dort, wo bis zum Auszug im Jahre "wer weiß das schon" das Kommissariat untergebracht sein wird.

Am Eingang begrüßte mich ein älterer Kollege der Anzeigenaufnahme, mein Weg führte mich allerdings in die 2. Etage, ein Weg, den ich schon zigmal gegangen war.

### **Lutz Jurkschat**

uf dem Flur angekommen ... Stille! Le-**A**diglich aus einem Büro hörte man leise Musik, Helligkeit schien auf den ansonsten dunklen Flur. Was auffiel, war der Umstand, dass nur aus einem weiteren Büro Tageslicht auf den Flur schien.

Wie mir der Kollege im anschließenden Gespräch mitteilte, nicht etwa deswegen, weil Urlaubszeit war oder alle auf "Ermittlung" seien, nein, die Büros waren nicht oder nur noch teilweise besetzt! Keiner mehr da, kein geschäftiges Treiben, kein Kollege/ keine Kollegin, der/die bei einem anderen mit einer Tasse Kaffee im Türrahmen stand. Nichts! Gähnende Leere ... Geisterflur.

Mir wurde mitgeteilt, dass auch der Flur eine Etage oberhalb kaum besetzt ist. Und wenn jemand dort ist, dann nur noch eingeschränkt einsetzbar oder in Teilzeit! Zu meiner Zeit, und das ist nun keine 20 Jahre her, musste man bei der wöchentlichen Besprechung noch einen Stuhl mit in den Besprechungsraum bringen. Heute bleiben die Stühle leer.

Eine Frage drängt sich mir wieder auf, deren Antwort ich doch schon kenne.

Warum ist das so, warum ist keiner mehr

Sehenden Auges wurde die Dienststelle runtergefahren, Nachbesetzung Fehlanzeige! Temporärer Einsatz anderer, vielleicht junger Kolleg:innen, Fehlanzeige!

Gerade hier wird ein Problem sichtbar, das sich durch viele Dienststellen und gerade im Bereich der regionalen Kriminalkommissariate zieht. Vegesack, Walle, Hemelingen, Neustadt ... nirgends ist es besser!



Sofortlagen, GeSa-/FeSa-Einsätze, Durchsuchungen und vieles mehr ... Wer soll das noch machen?

Auch wenn demnächst ein PE-Lehrgang anläuft bzw. ausgesteuert wird, aus dem auch diese Bereiche (hoffentlich) gestärkt werden sollen, was machen die hoch belasteten Kolleg:innen bis dahin?

Ich hoffe nur, dass sie uns nicht auch noch wegbrechen, denn nach fest kommt ab!

Als Fachgruppe Kriminalpolizei fordern wir eine schnellstmögliche Ausschreibung und Besetzung, der nach A 10 und A 11 bewerteten und unbesetzten Stellen in diesem Rereich!

Die Kolleg:innen fühlen sich nicht gehört. Ihre Probleme, die sie immer und immer wieder äußern, werden scheinbar ignoriert. Wir können und wollen nicht zusehen, wie die betroffenen Kolleg:innen krank werden, denn zu viel Arbeit bei zu wenig Personal macht krank!

In diesem Beitrag spreche ich aber in erster Linie von der K 7, der Abteilung mit dem höchsten Altersdurchschnitt, einem sehr hohen Krankenstand und einem Bereich mit sehr vielen eingeschränkt dienstfähigen Menschen innerhalb der Kriminalpolizei!

Vergessen möchte ich aber auch nicht all die anderen Bereiche, die ebenfalls hoch belastet sind! Ein guter Weg ist die Verstärkung durch die Einstellung von Nichtvollzug, es kann aber nicht der Einzige bleiben!

Ich glaube, keine Kollegin und kein Kollege geht in die Kriminalpolizei, um Akten zu verwalten oder wegzuschreiben! Ermittler:in zu sein, bedeutet etwas anderes! Die Arbeitsbelastung, und damit spreche ich jetzt von allen Bereichen in der Kripo, ist immens hoch! Überlastanzeigen werden gefertigt, bearbeitet, besprochen ... und dann?

Eine gesunde Work-Life-Balance muss gegeben sein, das darf nicht vergessen werden, bei all der zum Teil fremdgesteuerten Belastungen! (Dazu gehört auch gesundes Führen, ein Pflichttermin für alle Führungskräfte seinerzeit!)

## BBBank-Filiale Bremen

## Mit persönlichem und digitalem Service an Ihrer Seite



Lars Fischer Filialdirektor



Tom Behrmann Privatkunden-Berater



Bernd Thoden Privatkunden-Berater



Antje Stets Landesdirektorin Öffentlicher Dienst



Paul Plikat Finanzierungsberater



Jürgen Bauer Vorsorgeberater der Württembergische Lebensversicherung AG



www.bbbank.de/qdp



**Jetzt online Termin sichern:** www.bbbank.de/termin



Hutfilterstraße 16-18 28195 Bremen Tel. 0421 3656937-0 Mail filiale.355@bbbank.de

**Better Banking** 

## Wir sind für Sie da!

Die Mitarbeiter unserer Beratungsfiliale nehmen sich gerne Zeit, um Sie bei Ihren Plänen und Wünschen zu unterstützen. Bitte vereinbaren Sie einen Termin für Ihre persönliche Beratung vor Ort oder auf digitalem Weg.



**LESERBRIEF** 

## Achteraus gesegelt bei unseren Bezügen bzw. Pensionen

Mit Erstaunen habe ich festgestellt, dass seitens unserer Gewerkschaft keine Beiträge in der DP zu finden waren, die über die miserablen Steigerungen unserer Bezüge/Pensionen in den letzten Jahren berichtet haben.

### **Wolfgang Stanger**

Seit die Inflation von 2021 bis heute in der Bundesrepublik zweistellige Zahlen, ca. 15,6 %, erreicht hat, sind unsere Bezüge im gleichen Zeitraum um lächerliche 4,2 % gestiegen. Wenn man aber die genannte Inflationsrate näher beleuchtet, kommt man zwangsläufig auf viel höhere Verteuerungen, z. B. haben sich die Nahrungsmittel mit weit über 20 % verteuert.

Viele Branchen in der freien Wirtschaft haben darauf reagiert und ihren Mitarbeitern nicht nur satte Gehaltssteigerungen zugestanden, sondern auch noch hohe Einmalzahlungen als Inflationsausgleich gezahlt oder vereinbart. Sogar die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die ja bestimmt nicht zu den unteren Einkommensgruppen gehören, haben für sich ebenfalls den Inflationsausgleich von 3.000 € eingesteckt.

Auch bei den Tarifverhandlungen des Bundes wurde eine adäquate Einkommenserhöhung, rückwirkend ab 1. März 2023, vereinbart, mit Sockelbeträgen und plus 5,3 % mehr monatlich, mindestens 340 €, zusätzlich einen Inflationsausgleich in verschiedenen Teilbeträgen bis Februar 2024 von insgesamt 3.000 €, eins zu eins übertragen auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes.

Mir ist wohl bekannt, dass die Tarifverhandlungen der Länder, zu dem auch Bremen gehört, erst am 26. Oktober 2023 beginnen und sich wahrscheinlich bis zur dritten Verhandlungsrunde am 7./8. Dezember 2023 hinziehen werden, mit einer Wirkung dann voraussichtlich erst in 2024. Fraglich ist auch, ob das Tarifergebnis dann, analog Bund, eins zu eins auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Es ist meiner Meinung nach absolut nicht hinnehmbar, dass wir bisher achteraus gesegelt sind, weil alle Branchen und auch der TVöD des Bundes auf die zweistellige Inflationsrate reagiert haben und mit ihren Mitarbeitern, Angestellten, Beamten und Versorgungsempfängern einen einigermaßen Ausgleich vereinbarten, um die exorbitante Inflation etwas abzumildern. Hier ist natürlich die Bremer Landesregierung gefragt, trotz der prekären, finanziellen Haushaltslage, die wir nicht zu verantworten haben, bei den Tarifverhandlungen sich an den Vereinbarungen des Bundes anzulehnen und nicht nur "ein akzeptables Ergebnis zu erzielen", wie unser Landesvorsitzender Nils Winter sich in der DP-Ausgabe 08/23 ausgedrückt hat.

## **Antwort des Landesvorstandes**

### **Heinfried Keithahn**

Zust. Mitglied des GLV

"Wir orientieren uns in Bremen am TV-L und der läuft noch bis zum 30. September 2023. Wolfgang Stanger weist in seinem Leserbrief zu Recht auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen hin, denn wir müssen dafür kämpfen, dass wir hier zu einem akzeptablen Abschluss kommen. Danach müssen wir eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger in Bremen und Bremerhaven sicherstellen. Von allein wird das nicht funktionieren, da müssen wir uns alle massiv einbringen.

Ganz kurz zu dem TVöD-Ergebnis: Ich persönlich finde den Abschluss nicht gut. Er sieht bis zum 1. März 2024 überhaupt keine lineare Erhöhung vor. Bis dahin werden lediglich Ausgleichsprämien gezahlt. Das Ergebnis soll auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden. (Zum Zeitpunkt dieses Textes hat lediglich das Kabinett den Entwurf beschlossen.) Versorgungsempfänger sollen die Ausgleichsprämien auch erhalten, aber nur in Höhe ihres Ruhegehaltssatzes. Das bedeutet für Juni 2023 zunächst einmal höchstens 889,70 und dann monatlich höchstens 157,85. Im Ergebnis bringt es die Prämie für die Versorgungsempfänger insgesamt auf höchstens 2.152,50 Euro. Es gibt eine Hochrechnung vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut, dass eine lineare Einkommenserhöhung von 4 % bereits in vier Jahren die Einmalzahlung im Wert überschreiten würde.

Die im TVöD vorgesehene lineare Erhöhung gibt es erst zum 1. März 2024. Da sollen dann auch die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge um 200 Euro und dann noch einmal um 5,3 % angehoben werden. Der Mindestbetrag spielt bei den Beamten keine Rolle, da er hier regelmäßig überschritten wird. Weil der Bund immer noch die Versorgungsrücklage bedient, werden vom Tarifergebnis 0,2 % abgezogen. Aus den dann zustande gekommenen ruhegehaltsfähigen Dienstbe-





zügen wird entsprechend dem individuellen Ruhegehaltssatz die Pension gezahlt.

Noch einmal zurück zu den Einmalzahlungen: Da sie abgabenfrei sind, fließen hieraus dauerhaft auch keine Beiträge in die Renten-, gesetzliche Kranken- und soziale Pflegeversicherung. Da eigentlich bei allen Tarifabschlüssen auf diese Einmalzahlungen zurückgegriffen wird, kommt hier eine erkleckliche Summe zusammen. Da wundert es nicht, dass der Beitrag zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 angehoben wurde und weitere Einsparungen in diesem Bereich bereits geplant sind.

Wir haben noch viel zu tun! Die Tarifverhandlungen der Länder stehen kurz bevor!"

## Die Landesredakteur:innentagung in Fulda vom 7. bis 9. August 2023

Schon bei der Vorstellungsrunde merkte ich, dass ich noch ein relativ "junger Hase" im Landesredakteursgeschäft bin. Alle anderen Teilnehmer hatten schon etliche Jahre mehr an Erfahrung in diesem Bereich mitgebracht als ich, der das Amt erst seit 2020 wahrnimmt.

#### Rüdiger Kloß, Landesredakteur

In Vorbereitung auf meine damals noch neue ▲ Aufgabe war ich bei der letzten Landesredakteurstagung im November 2019 in Kassel dabei und schon damals beeindruckt vom Engagement der Kolleg:innen, die jeden Monat für die Zusammenstellung der Landesteile sorgen.

Nach nun fast vier Jahren danach, geschuldet dem langen Coronapäuschen, fand endlich wieder eine Tagung dieser Art statt.

Für mich ist immer der Austausch und das Kennenlernen untereinander wichtig, denn viele Probleme sind gleicher Natur und oftmals hat schon jemand eine Lösung parat.

Inhaltlich gab es spannende Fachvorträge wie z. B. über die aktuellen Entwicklungen im Zeitschriftenlavout vom DP-Lavouter Andreas Schulz oder über das Medien- und Urheberrecht von Medienanwalt Dr. Cornelius Renner. Auch über die Perspektiven des Zeitschriften- und Anzeigenmarktes wurde referiert und angeregt diskutiert. Ziele, wie u. a. den Aufbau eines Info-Grafiken-Pools. die Überarbeitung unseres Stilbuches und ein für alle zugängliches Fotoarchiv, wur-

Danke für eine rundum gelungene Veranstaltung, hoffentlich schon im nächsten Iahr wieder.



Teilnehmer der Landesredakteurstagung

Medienanwalt Dr. Cornelius Renner

### DP - Deutsche Polizei

Bremen

#### Geschäftsstelle

Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen Telefon (0421) 949585-0 (0421) 949585-9 www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de Adress- und Mitgliederverwaltung: Zuständig sind die ieweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke

#### Redaktion

Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.) c/o Gewerkschaft der Polizei Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen









# "Open House" nach Renovierung der neuen Geschäftsstelle der GdP, Landesbezirk Bremen

Am 7. Juli 2023 ab 10 Uhr war es endlich so weit. Die frisch renovierte Geschäftsstelle in der Bürgermeister-Smidt-Straße konnte von den GdPlern und anderen Interessierten besucht und beäugt werden. Das Team der Geschäftsstelle, Dr. Claudia Albrecht-Sautter sowie Gaby Buziek und Sonja Jambroszyk, hatte wieder einmal einen großartigen Rahmen mit herzhaften bis süßen Häppchen und kalten wie warmen Getränken geschaffen.

## Rüdiger Kloß

Landesredakteur

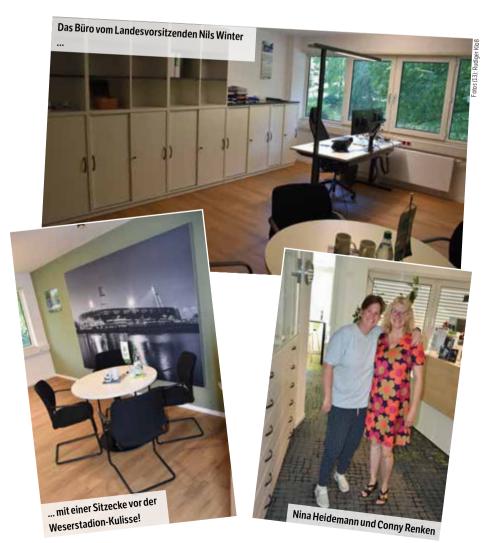
Ein kurzer Rückblick zum Geschehen: Umbaubeginn war der 30. Januar 2023. Das hieß zunächst einmal, dass der vordere Teil der Geschäftsstelle in den hinteren Bereich ziehen musste.

Zwischen dem vorderen und hinteren Bereich wurde eine Schutzfolie gespannt. Es folgten drei Monate Chaos, Lärm und Staub. Doch der Bürobetrieb lief weiter. Ende März sollte der erste Bauabschnitt fertig sein, das hieß wieder einpacken und umziehen.

Dann begann der zweite Bauabschnitt im hinteren Bereich der Geschäftsstelle und der ganze Lärm, und die Belastung durch den Baustaub fingen wieder von vorne an.

Die Fertigstellung sollte dann Anfang Mai sein, was aber nicht realisiert werden konnte und so musste die FG-Sitzung der Verwaltungspolizei im neu ausgelegten Besprechungsraum auf dem Fußboden stattfinden. Genauso fand eine Vorstandssitzung im Stuhlkreis statt.

Ein paar Kleinigkeiten fehlen auch heute noch, aber der Aufwand hat sich gelohnt, wie man an den Bildern erkennen kann. Die Treffen der Fachgruppen finden ab jetzt wieder im hochmodernen Besprechungsraum statt.



DP Deutsche Polizei 09/2023 | Bremen



















8







## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2023, Landesjournal Bremen, ist der 6. September 2023.

Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de

